



Zweiter Newsletter zu allen genossenschaftlichen Themen rund um Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung



Sehr geehrte Damen und Herren, heute erreicht Sie der zweite Newsletter der Kooperation Frankfurt rund um das genossenschaftliche Wohnen.

Dass seit dem ersten Newsletter etwas Zeit verstrichen ist, ist der neuen Datenschutz-grundverordnung (DSGVO) geschuldet. Wir achten natürlich strengstens darauf, dass ihre Daten in guten Händen sind und rechtssicher verarbeitet werden. Dazu waren etliche Formalitäten umzusetzen, sowohl auf unserer Website als auch in Zusammenarbeit mit den Dienstleistern.

Wir als Wohnungsbaugenossenschaften freuen uns sehr, dass die Frankfurter Regionalpolitik, insbesondere in Person von Planungsdezernent Mike Josef, die Genossenschaften nun deutlich stärker in geplante Großprojekte wie z. B. dem Hilgenfeld einbezieht und den Stadtverordnetenbeschluss von 2006, wonach 15 Prozent der Neubauflächen für genossenschaftliches und gemeinschaftliches Wohnen zu reservieren sind, auch in die Tat umsetzt. Denn wenn es um bezahlbares und sicheres Wohnen in Ballungsräumen geht, leisten Genossenschaften einen wertvollen und vor allem nachhaltigen Beitrag. Wir wünschen Ihnen nun viel Spaß bei der Lektüre unseres zweiten Newsletters.

Ulrich Tokarski, Sprecher der Kooperation Frankfurt

Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften investierten 2016 über 27 Millionen Euro in den Bestand

Energetische Maßnahmen und Wohnumfeldverbesserung stehen im Fokus

Die neun größten Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften haben 2016 in ihre über 10.500 Wohnungen im Stadtgebiet mehr als 27 Mio. Euro investiert.

Im Vergleich zu den zwanzig wichtigsten Wohnungsunternehmen in privater bzw. öffentlicher Hand mit Objekten in der Stadt wurde damit erneut deutlich mehr in die Instandhaltung und Modernisierung der Liegenschaften gesteckt. In den letzten fünf Jahren wurden so von den Genossenschaften knapp 170 Mio. Euro für Modernisierungen, Instandhaltung und Neubauten aufgewendet.

Bei den Investitionen in den Bestand handelt es sich zum einen um erforderliche Modernisierungsmaßnahmen der Bausubstanz. Hier werden in erster Linie mit energetischen Maßnahmen ökologisch und ökonomisch sinnvolle Investitionen zum Wohl unserer Mitglieder getätigt. Hier sind vor allem modernste Heizungen, Solaranlagen und Wohnungsbelüftungen sowie Dämmmaßnahmen inklusive entsprechender Fenster und Türen zu nennen. Aber auch optische Aufwertungen, Maßnahmen zur Erhöhung der Wohnqualität wie nachträglich angebaute Balkone und die Neugestaltung von Außenflächen gehören dazu.

Zum anderen werden natürlich auch Wohnumfeld und Wohnqualität stetig aufgewertet, z.B. durch nachträglich angebaute Balkone und die Neugestaltung von Außenflächen.

Denn Genossenschaften sind ausschließlich ihren Mitgliedern gegenüber verantwortlich und nicht auf Gewinnmaximierung getrimmt. Durch die Genossenschaften erwirtschaftete Überschüsse fließen in vollem Umfang an die Mitglieder zurück, seien es die Dividenden zu deren Einlagen oder eben durch die Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungen und Liegenschaften, in denen die Mitglieder wohnen. Aber auch in die Sicherheit wird viel investiert. Neben Kameras für die Gegensprechanlagen und der hellen Ausleuchtung des Eingangsbereichs sind vor allem spezielle, einbruchshemmende Türen, Fenster und Wohnungseingänge installiert worden. Hier arbeiten die Genossenschaften eng mit der Polizei Frankfurt und dem hessischen Innenministerium zusammen.



70 Jahre JuBa - Eine Traditionsgenossenschaft feiert Jubiläum

Im Frühjahr dieses Jahres feierte eine der größten Wohnungsbaugenossenschaften des Rhein-Main-Gebiets ihr 70-jähriges Jubiläum. Am 21. April 1948 von nur wenigen Justizbediensteten gegründet, um im vom Krieg zerstörten Frankfurt den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, wuchs der Bestand der Wohnungsbaugenossenschaft der Justizangehörigen Frankfurt eG rasch.

Zehn Jahre nach ihrer Gründung und neun Jahre nach der ersten Grundsteinlegung im Frankfurter Stadtviertel Sachsenhausen verfügte die Genossenschaft bereits über 490 Wohnungen und leistete so ihren Beitrag bei der Versorgung mit Wohnraum. Das hat sich bis heute nicht geändert. Seit 70 Jahren bietet die JuBa, von genossenschaftlichen Motiven wie „günstige Mieten“ und „hohe Wohnsicherheit“ geleitet, ihren mittlerweile rund 1.700 Mitgliedern nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern ein Zuhause in Form von knapp 1.500 Wohnungen.

Und auch der Blick in die Zukunft ist vielversprechend. Zu den Vorhaben und Investitionen, für die eine Gesamtsumme von 30 Millionen Euro vorgesehen ist, gehört die seit Herbst 2017 laufende Großmodernisierung der Leuchte in Bergen-Enkheim. Allein auf deren Durchführung entfallen knapp 10 Millionen Euro. Das Besondere an diesem Projekt ist die Zusammenarbeit mit der Universität Kassel zur Ansiedlung heimischer Tierarten in Wohnquartieren. Zudem plant die JuBa für jedes Haus der Genossenschaft mit bis zu fünf Stockwerken die Anbringung vorgelagerter Aufzüge. Um die Mieter in diese Unternehmung einzubeziehen, wird eine Mieterbefragung durchgeführt.

Auch die Frankfurter Neue Presse hat anlässlich dieses tollen Jubiläums einen ausführlichen Bericht veröffentlicht, den Sie hier in ganzer Länge lesen können.

[Artikel JuBa Frankfurter Neue Presse](#)



Grundsteinlegung für den Neubau der Volks- Bau und Sparverein eG

Die Wohnungsbau-Genossenschaft Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG feierte am 24. September 2018 für ihren Neubau in Frankfurt-Ginnheim im Beisein des Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef die Grundsteinlegung.

In der Reichelstraße entstehen in einem gewachsenen Wohngebiet der Genossenschaft bis zum Bezugstermin im 4. Quartal 2019 elf bezahlbare Wohnungen nach modernsten Standards in Bezug auf Energieeffizienz, Ausstattung und Sicherheit. Der Neubau ist Teil eines Gesamtkonzepts der VBS für das Ginnheimer Quartier. Bis 2022 sollen hier im Zuge eines weiteren Neubaus und Dachaufstockungen ca. vierzig weitere neue Wohnungen entstehen. Zudem werden die betreffenden Wohnhäuser im Zuge der Aufstockungen komplett modernisiert.

Die familienfreundlichen Einheiten in der Reichelstraße mit Wohnflächen von 86 m² bis 109 m² und einer Gesamtfläche von knapp 1.100 m² verfügen jeweils über eine Terrasse oder einen Balkon und sind mit Parkett sowie bodentiefen Fensterelementen mit elektrischen Rollläden ausgestattet. Zu jeder Wohnung gehört ein abschließbarer Kellerraum. Oberirdische PKW-Stellplätze in unmittelbarer Umgebung, die Bereitstellung von Car-Sharing-Fahrzeugen sowie eine Außenanlage mit Spielgeräten runden das Angebot ab. Die Projektkosten belaufen sich auf ca. 3,3 Mio. Euro, die vorläufige Kaltmiete wurde mit durchschnittlich 10,90 Euro/m² kalkuliert. Die aktuelle Marktmiete in Frankfurt für vergleichbare Neubauten mit Erstbezug liegt zwischen 15,00 und 18,00 Euro/m², in Toplagen mit außergewöhnlicher Wohnungsausstattung werden über 20,00 Euro/m² verlangt.

Ulrich Tokarski, Vorstand der VBS eG und Sprecher der Kooperation Frankfurter Wohnungsgenossenschaften, freut sich über das neu entstehende Mehrfamilienhaus: „Mit diesem Neubauprojekt können wir wieder einmal aufzeigen, wie bezahlbarer Wohnraum auch in einem Ballungsgebiet wie Frankfurt zu realisieren ist. Genossenschaften können dies für ihre Mitglieder darstellen, da sie nicht ausschließlich renditeorientiert arbeiten und planen. In Frankfurt gibt es viele Bürger, darunter insbesondere viele junge Familien mit mittleren Einkommen, die sich die exorbitanten Mieten einfach nicht mehr leisten können.“

Auch Mike Josef, Planungsdezernent der Stadt Frankfurt, würdigt das genossenschaftliche Engagement: „Ich bin sehr dankbar für das Engagement des VBS im bezahlbaren Wohnungsbau. Denn in der stark wachsenden Stadt Frankfurt am Main gibt es einen hohen Bedarf insbesondere an preiswertem Wohnraum. Dieses Projekt ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn es zeigt, dass es möglich ist, langfristig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, mit hohem technischem Standard und in einer attraktiven Lage. Nicht zuletzt deshalb setzen wir stark auf die Rolle der Genossenschaften.“



Wohnungsbaugenossenschaften und Wohngruppen realisieren gemeinsame Projekte

Neue Wohnformen wie z. B. Wohngruppen stoßen auf immer mehr Interesse. Viele Menschen möchten beim Thema Wohnen selbstbestimmter sein und zum einen mit Menschen zusammenwohnen, die sie kennen und deren Gesellschaft ihnen wichtig ist, zum anderen die Möglichkeit haben, durch das Teilen von Raum und Aufgaben teuren Wohnraum sinnvoller zu nutzen. Wie hoch das Interesse ist, zeigt das eigens gegründete „Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen“, welches unter anderem von der Stadt Frankfurt gefördert wird und die Realisierung von Wohnprojekten und die Entstehung von Gruppen tatkräftig unterstützt. Die Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften unterhalten eine Kooperation mit dem Netzwerk.

Das Wohnungsbaugenossenschaften für die Wohngruppen ein idealer Partner sein können und solche Projekte auch tatsächlich realisiert werden, zeigen zwei Beispiele: Auf dem ehemaligen Naxosgelände hat die Wohnbaugenossenschaft in Frankfurt am Main eG 2014 ein Wohngebäude errichtet, welches ausschließlich von vier Wohngruppen genutzt wird. Das Areal umfasst insgesamt sechs Häuser für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen. Integriert sind drei Kitas für alle Altersgruppen inklusive einer Gemeinschaftsküche. Zwei dieser Kitas können außerhalb der Öffnungszeiten von den Bewohnern genutzt werden, es werden dort z.B. Yoga-Kurse und Diavorträge angeboten und die Räumlichkeiten können für Feiern gebucht werden. Voraussetzung für solche Projekte sind natürlich passende Rahmenbedingungen und ein entsprechender zeitlicher Vorlauf zur Erarbeitung gemeinsamer Konzepte.

Der Beamtenwohnungsverein hat am Riedberg hat 2017 ein Gebäude mit vierzehn Wohnungen auf drei Etagen und insgesamt 1.000 m² Wohnfläche errichtet. Entstanden ist das Projekt gemeinsam mit der Wohngruppe „Gewagt“, deren Mitglieder in die fertigen Wohnungen eingezogen sind. Das Gebäude verfügt über einen Gemeinschaftsraum, ein Car-Sharing-Konzept, eine Fahrradwerkstatt und einen Laubengang als Begegnungsfläche. Martin Neckel, Vorstand des Beamtenwohnungsvereins, beschreibt das Projekt: „Auch für unsere Genossenschaft war ein solches Projekt Neuland. Jedoch passen das Miteinander, das gegenseitige Helfen und die soziale Rendite für das Quartier zu einhundert Prozent zum genossenschaftlichen Gedanken. In diesem Sinne ist die Liegenschaft, in der im geplanten Gemeinschaftsraum auch nachbarschaftliche Aktivitäten wie Hausaufgabenhilfe, Kinderbetreuung und Sozialberatung stattfinden werden, ein positiver Zugewinn für das Quartier Riedberg.“

**EMO-FFM eG: Frankfurts erste
E-Mobilitätsgenossenschaft -
„Frankfurt stromert jetzt
gemeinsam!“**

Die Stadt Frankfurt hat eine eigene E-Mobilitätsgenossenschaft! Die EMO-FFM eG betreibt eine ausschließlich aus Elektrofahrzeugen bestehende KFZ-Flotte. Am 4. Oktober 2016 gegründet, verfolgt die Genossenschaft seitdem erfolgreich folgende Ziele: die nachhaltige und elektromobile Vernetzung in Frankfurt voranzutreiben und eine Alternative zum Individualfahrzeug sowie maßgeschneiderte Mobilitätslösungen zu bieten. Seitens der gewerblichen Mitglieder und Kunden aus Bau-, Wohnungs- und Sozialwirtschaft wird das Angebot der Bereitstellung nachhaltiger E-Mobilitätsangebote für die Mieter bzw. Mitarbeiter bereits recht gut angenommen. In Deutschland bestehen im privaten Bereich aber nach wie vor große Vorurteile gegenüber E-Mobilität und auch Car-Sharing. Diese Vorbehalte abzubauen und die bequemen, nachhaltigen und dabei nicht zuletzt günstigen Mobilitätsangebote am Frankfurter Markt zu etablieren und dabei aufzuzeigen, dass man bei der Entscheidung für die Angebote der EMO-FFM eG und gegen den privaten PKW nur gewinnen kann, stellt die wichtigste Herausforderung der nächsten Monate dar.

Das Besondere am Sharing-Angebot der EMO-FFM eG ist neben der reinen E-Mobilität vor allem das genossenschaftliche System. Um Mitglied zu werden, wird zumindest ein Genossenschaftsanteil erworben, der bei einem potentiellen Austritt in voller Höhe erstattet wird. Zur Auswahl stehen dann verschiedene Flatrates zur Fahrzeugnutzung. So kommt man beispielsweise mit der Mini-Flat für monatlich 24,95 Euro, unabhängig vom Fahrzeugtyp, acht Stunden soweit man möchte, denn alle gefahrenen Kilometer sind inklusive. Der Service von EMO-FFM eG steht aber auch Nichtmitgliedern offen, für die dann der „Flex-Tarif“ zu 4,50 EUR pro Stunde gilt.

Firmenkunden und z.B. Senioren können zusätzlich gegen eine geringe Gebühr von dem an Wochentagen angebotenen Hol- und Bringdienst der Leihfahrzeuge profitieren. Unternehmen sparen so Zeit und Kosten und alle Bevölkerungsschichten werden in die Lage versetzt, das E-Car-Sharing uneingeschränkt zu nutzen.

An den insgesamt zwölf öffentlichen EMO-Stationen, verteilt auf sieben Frankfurter Stadtteile, können neben klassischen Kleinwagen wie dem E-Smart oder dem Kompaktwagen Renault Zoe mit Reichweiten von bis zu 140 Kilometern auch Transporter der Renault-Kangoo-Reihe entliehen werden. Auf diese Weise werden sowohl die Ansprüche der Firmen- als auch die der Privatnutzer erfüllt.

Weitere Informationen:

EMO-FFM eG E-Mobilitätsgenossenschaft Frankfurt

Car-Sharing (E-Mobilität)

Höhenstr. 23, 60385 Frankfurt

Vorstand Jens Weber: 0178 5221531

Servicehotline (Transfer Garage): 069 963764613

eMail: info@emo-ffm.de

www.emo-ffm.de

Herr Tokarski, geben Sie uns doch einen kurzen Überblick über das Neubauprojekt im Hilgenfeld.

Das geplante Neubaugebiet im Hilgenfeld, zwischen den Stadtteilen Frankfurter Berg und Bonames gelegen, umfasst rund 14 Hektar. Auf der bislang überwiegend landwirtschaftlich genutzten Fläche sollen ca. 850 neue Wohnungen gebaut werden. Entstehen soll ein nachbarschaftliches Wohngebiet mit ökologischen Qualitäten, das Wohnen für Familien, Senioren und Wohngruppen in allen Preissegmenten ermöglicht. Den ausgeschriebenen städtebaulichen Ideenwettbewerb zur Gestaltung der Fläche konnten die Büros Thomas Schüler Architekten Stadtplaner aus Düsseldorf und Faktorgrün Landschaftsarchitekten aus Freiburg für sich entscheiden.

Neben öffentlich gefördertem Wohnraum sollen erstmals auch gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte in der Größenordnung von etwa 15 Prozent der entstehenden Wohnbaufläche ermöglicht werden.

Wie ist der aktuelle Projekt-Stand?

Aktuell wird der Bebauungsplan durch die Stadt Frankfurt erstellt. Interessenten für die reservierten Flächen für genossenschaftliches und gemeinschaftliches Wohnen müssen sich in einem Konzeptverfahren präsentieren, welches kurz vor dem Start steht. Dazu finden regelmäßige Abstimmungsrunden mit der Stadt Frankfurt, der ABG, der Kooperation Frankfurt und dem Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen statt.

Wie sollen die Wohnungsbaugenossenschaften eingebunden werden?

Planungsdezernent Mike Josef setzt im Hilgenfeld endlich den Stadtverordnetenbeschluss aus dem Jahr 2006 um, laut dem 15 Prozent von Neubauprojekten auf städtischem Grund für genossenschaftliches und gemeinschaftliches Wohnen zu reservieren sind. Die Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften sehen dies als große Chance, ihren Beitrag zu bezahlbarem und sicherem Wohnraum zu leisten. Daher werden sich Mitglieder der Kooperation Frankfurt im Konzeptverfahren bewerben. Sollten sie sich hier durchsetzen, möchten wir die Liegenschaften gerne gemeinsam mit der ABG Holding bauen. Dazu finden bereits jetzt sehr konstruktive Gespräche mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der ABG, Frank Junker, statt.

Warum ist die Einbindung von Wohnungsbaugenossenschaften bei diesem und weiteren Neubauprojekten so wichtig?

Die Vorzüge genossenschaftlichen Wohnens liegen auf der Hand: Durch das Fehlen einer Renditeorientierung können Genossenschaften langfristig bezahlbaren Wohnraum realisieren, die Mitglieder haben ein Mitspracherecht sowie ein lebenslanges Wohnrecht, Genossenschaften sind insolvenzsicher und durch persönliche Ansprechpartner und vielen sozialen Zusatzleistungen immer nah am Mitglied. Im Hilgenfeld planen die Genossenschaften moderne Wohnungen mit hohen Energiestandards und guter Ausstattung für junge Familien, ältere Mitbürger und Bürger der Mittelschicht, die auf dem preislich überhitzten freien Wohnungsmarkt nicht fündig werden.

Welche Mitglieder der Kooperation werden am Projekt teilnehmen?

Nach dem derzeitigen Stand werden sich vier Mitglieder der Kooperation der Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften mit einer gemeinsamen Bewerbung am Konzeptverfahren beteiligen: Die Beamten-Wohnungs-Verein eG, die JuBa eG, die Volks-, Bau- und Sparverein eG und die Wohnbaugenossenschaft in Frankfurt a.M. eG.

Was ist beim Konzeptverfahren für die Genossenschaften besonders wichtig?

Genossenschaften zeichnen sich zum einen durch Nachhaltigkeit und Langfristigkeit, zum anderen durch das Miteinander und die Selbstverwaltung aus. Das bedeutet für das Konzept, dass Ressourcenschonung, Umweltschutz, innovative Mobilitätskonzepte und Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Miteinanders zentrale Punkte der Bewerbung sein werden.

Wird es eine Zusammenarbeit mit Wohngruppen geben?

Die Genossenschaften haben bereits in der Vergangenheit erfolgreich Projekte mit Wohngruppen umgesetzt, z.B. im Naxos oder auch im Riedberg. Auch im Hilgenfeld ist eine Zusammenarbeit grundsätzlich möglich. Dazu findet ein reger Austausch mit dem Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen statt, mit dem bereits 2015 eine Kooperation vereinbart wurde. Voraussetzung sind natürlich passende Rahmenbedingungen und ein entsprechender zeitlicher Vorlauf zur Erarbeitung gemeinsamer Konzepte.



Politiker aller Parteien fordern mehr Einbindung der Wohnbaugenossenschaften bei kommunalen Neubaulprojekten

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: In Hessen fehlen bis 2040 rund 500.000 Wohnungen, davon alleine in Frankfurt über 106.000. Welche Konzepte nötig sind, um diesem Missstand entgegenzutreten, diskutierten im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen Vertreter der CDU, der SPD, der Grünen, der FDP und der Linken.

Anlässlich des WohWi-Talks des Verbands der Wohnungswirtschaft Südwest in Frankfurt waren sich alle Beteiligten über zwei Dinge einig: Zum einen ist dies die Forderung, dass die hessischen Kommunen deutlich mehr Bauland als bisher ausweisen müssen. Von den Flächen, die seit 2010 im Regionalplan fürs Bauen vorgesehen sind, haben die Kommunen nur rund 30 Prozent verbindlich ausgewiesen und lediglich rund 15 Prozent sind tatsächlich bebaut worden. Über die Gründe hierfür kann nur spekuliert werden, an entsprechender Förderung liegt es sicher nicht. Vielmehr sind es die Widerstände von Bürgern bis hin zu umfangreichen Klagen, die viele Bürgermeister abschrecken. Hier gilt es Widerstände abzubauen und eine gesellschaftliche Akzeptanz für den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

Die zweite Forderung, bei denen sich alle wichtigen im Landtag vertretenen Parteien auf dem Podium einig waren, ist die stärkere Einbindung von Wohnungsbaugenossenschaften bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke. Denn Genossenschaften, die nicht renditeorientiert arbeiten und in denen die Mitglieder ein Mitbestimmungsrecht besitzen, können z.B. in Frankfurt bezahlbaren und sozialverträglichen Wohnraum schaffen. So liegen die durchschnittlichen Mieten, die die neun in der Kooperation der Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften agierenden Genossenschaften anbieten, bei 6,39 Euro pro Quadratmeter.

In der Vergangenheit wurden die Genossenschaften bei der Vergabe von städtischen Grundstücken geflissentlich übergangen, obwohl es einen Stadtverordnetenbeschluss aus dem Jahr 2006 gibt, in dem die Vergabe von 15 Prozent städtischer Grundstücke, die veräußert werden, an gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen festgeschrieben ist. Erst mit dem neuen Planungsdezernenten Mike Josef hat sich diese Situation zum Besseren gewendet. So werden die Genossenschaften z.B. im Neubaugebiet Hilgenfeld entsprechend eingebunden.



Verträgliche Nachverdichtung durch Mieterbetreuungskonzepte

Um Baulärm, Dreck, Kälte und andere unangenehme Begleiterscheinungen bei Nachverdichtungen und Modernisierungen im bewohnten Zustand möglichst verträglich für ihre Mitglieder zu gestalten, hat die Wohnungsbaugenossenschaft Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG (VBS eG) ein spezielles Mieterbetreuungskonzept erarbeitet und umgesetzt.

In der Liegenschaft Spenerstraße 6-32 am Frankfurter Dornbusch wurde eine ganze Häuserzeile nicht nur modernisiert, sondern eine innovative Dachaufstockung im Holzrahmenbau ermöglichte es, 14 neue Wohneinheiten mit insgesamt 1.400 m² Wohnfläche zu schaffen. Auch von der Politik werden diese Nachverdichtungsmaßnahmen präferiert, allerdings häufig ohne an die starken Beeinträchtigungen für die Mieter zu denken.

Dass es auch anders geht, zeigt das neue Mieterbetreuungskonzept der VBS eG. Dieses beinhaltet neben der regelmäßigen schriftlichen Information über die Fortschritte und anstehende Maßnahmen auch die Einbeziehung der Mieter wie auch der Nachbarschaft in das laufende Projekt. Darüber hinaus sind Ansprechpartner als Baubegleiter ständig verfügbar. Zu diesen gehört auch Niki Schuster, ein von der Genossenschaft beschäftigter Sozialarbeiter. Er besuchte bereits im Vorfeld jede der betroffenen Parteien persönlich, um eventuelle Vorbehalte auszuräumen, und steht den Mietern während des gesamten Projekts jederzeit für Gespräche zur Verfügung. Ältere Mieter erhalten zudem eine spezielle Betreuung und alle Parteien profitieren von der Überwachung der Eingangstüren durch eine Sicherheitsfirma sowie von der Ausräumung der Mansarden auf Kosten der VBS eG. Um die Geduld und Mitarbeit der Mieter zu honorieren, wurden während der Baumaßnahmen zwei Feste durch die VBS eG organisiert.



Die Kooperation Frankfurt, bestehend aus 9 selbstständigen Genossenschaften, tritt für die Schaffung von sicherem und bezahlbarem Wohnraum ein, denn sozialverträgliches Wohnen in Frankfurt wird immer schwieriger. Dies betrifft nicht nur einkommensschwache Schichten, sondern vor allem auch Familien und die wachsende Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger aus dem Mittelstand. Der Zusammenschluss soll die einzelnen Kooperationspartner, die im Stadtgebiet und den angrenzenden Gemeinden über 10.500 Wohnungen anbieten, vernetzen und deren Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. So haben sie die Chance, als Anbieter von sozialverträglichem Wohnraum wahrgenommen zu werden und sich bei der Vergabe von Bauplätzen gegen Mitbewerber durchzusetzen.

Ziele der Kooperation Frankfurt:

- Bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen, inklusive Bestandserhalt und -sicherung
- Mehr Mitspracherecht bei der Vergabe von Bauplätzen
- Realisierung von Neubauprojekten zur Schaffung von bezahlbarem und sozialverträglichem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten
- Solidargemeinschaft weiter pflegen
- Positionierung der Wohnungsbaugenossenschaften als krisensichere und erfahrene Partner für die Stadt Frankfurt

Genossenschaften resultieren aus einem durch soziale Gründe herbeigeführten Zusammenschluss von Menschen. Jede Einzelperson, gleich welchen Geschlechts, Alters und Einkommensklasse, kann einer Genossenschaft beitreten. Die Interessen werden ausschließlich durch die eigenen Mitglieder vertreten und finanziert, somit werden Steuerzahler und Staat nicht belastet. Mitgliedschaft in einer Genossenschaft bedeutet Miteigentümer sein, über Gremien wird aktiv bei der Unternehmensstrategie und der Gewinnverwendung mitbestimmt.

[Alles zur Kooperation](#)

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr empfangen möchten, können Sie ihn [hier](#) kostenlos abbestellen.

Deutschland

Bachinger GmbH, Löwengasse 27 L, 60385 Frankfurt

Wolfgang Exler-Bachinger
w.exler-bachinger@bachinger-pr.de